

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 1987

Nr. 60

ausgegeben am 21. Dezember 1987

Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung

Abgeschlossen in Den Haag am 5. Oktober 1961

Inkrafttreten für das Fürstentum Liechtenstein: 17. September 1972¹

Die Unterzeichnerstaaten dieses Übereinkommens, vom Wunsche geleitet, ausländische öffentliche Urkunden von der diplomatischen oder konsularischen Beglaubigung zu befreien, haben beschlossen, zu diesem Zweck ein Übereinkommen zu schliessen, und haben die folgenden Bestimmungen vereinbart:

Art. 1

1) Dieses Übereinkommen ist auf öffentliche Urkunden anzuwenden, die in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates errichtet wurden und die in dem Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaates vorgelegt werden sollen.

2) Als öffentliche Urkunden im Sinne dieses Übereinkommens gelten:

- a) Urkunden einer an der staatlichen Rechtspflege beteiligten Behörde oder Amtsperson, einschliesslich der Urkunden, die von der Staatsanwaltschaft, einem Gerichtsschreiber oder einem Gerichtsbeamten ausgestellt sind;
- b) Urkunden der Verwaltungsbehörden;
- c) notarielle Urkunden;
- d) amtliche Bescheinigungen, die auf Privaturkunden angebracht sind, wie Eintragungsvermerke, Sichtvermerke zur Feststellung eines bestimmten Zeitpunktes und Beglaubigungen von Unterschriften.

¹ Kundmachung im LGBL 1972 Nr. 48. In diesem LGBL. wurde irrtümlicherweise der 19. September 1972 als Datum des Inkrafttretens angegeben.

3) Dieses Übereinkommen ist jedoch nicht anzuwenden:

- a) auf Urkunden, die von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichtet sind;
- b) auf Urkunden der Verwaltungsbehörden, die sich unmittelbar auf den Handelsverkehr oder auf das Zollverfahren beziehen.

Art. 2

Jeder Vertragsstaat befreit die Urkunden, auf die dieses Übereinkommen anzuwenden ist und die in seinem Hoheitsgebiet vorgelegt werden sollen, von der Beglaubigung. Unter der Beglaubigung im Sinne dieses Übereinkommens ist nur die Formalität zu verstehen, durch welche die diplomatischen oder konsularischen Vertreter des Landes, in dessen Hoheitsgebiet die Urkunde vorgelegt werden soll, die Echtheit der Unterschrift, die Eigenschaft, in welcher der Unterzeichner der Urkunde gehandelt hat, und gegebenenfalls die Echtheit des Siegels oder Stempels, mit dem die Urkunde versehen ist, bestätigen.

Art. 3

1) Die einzige Formalität, die zur Bestätigung der Echtheit der Unterschrift, der Eigenschaft, in welcher der Unterzeichner der Urkunde gehandelt hat, und gegebenenfalls der Echtheit des Siegels oder Stempels, mit dem die Urkunde versehen ist, verlangt werden darf, ist die gemäss Art. 4 angebrachte Apostille, welche durch die zuständige Behörde des Staates ausgestellt wird, in dem die Urkunde errichtet wurde.

2) Die im vorstehenden Absatz erwähnte Formalität darf jedoch nicht verlangt werden, wenn entweder die Gesetze, Verordnungen oder Gebräuche des Staates, in dem die Urkunde vorgelegt wird, oder eine Vereinbarung zwischen zwei oder mehreren Vertragsstaaten sie ausschliessen, sie vereinfachen oder die Urkunde von der Beglaubigung befreien.

Art. 4

1) Die in Art. 3 Abs. 1 vorgesehene Apostille wird auf der Urkunde selbst oder einem Anhang angebracht; sie muss dem Muster entsprechen, das diesem Übereinkommen als Anlage beigelegt ist.

2) Die Apostille kann jedoch in der Amtssprache der Behörde, die sie ausstellt, abgefasst werden. Der vorgedruckte Text des Musters kann auch in einer zweiten Sprache wiedergegeben werden. Die Überschrift "Apostille (Convention de La Haye du 5 octobre 1961)" muss in französischer Sprache abgefasst sein.

Art. 5

1) Die Apostille wird auf Antrag des Unterzeichners oder des jeweiligen Inhabers der Urkunde ausgestellt.

2) Ist die Apostille ordnungsgemäss ausgefüllt, so bestätigt sie die Echtheit der Unterschrift, die Eigenschaft, in welcher der Unterzeichner der Urkunde gehandelt hat, und gegebenenfalls die Echtheit des Siegels oder Stempels, mit dem die Urkunde versehen ist.

3) Die Unterschrift und das Siegel oder der Stempel auf der Apostille bedürfen keiner Bestätigung.

Art. 6

1) Jeder Vertragsstaat bestimmt die Behörden, die zuständig sind, die Apostille nach Art. 3 Abs. 1 auszustellen.

2) Er notifiziert diese Bestimmung dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Niederlande anlässlich der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde oder seiner Erklärung über die Ausdehnung des Übereinkommens. Er notifiziert ihm auch jede Änderung, die in der Bestimmung dieser Behörden eintritt.

Art. 7

1) Jede nach Art. 6 bestimmte Behörde hat ein Register oder eine Kartei zu führen, worin die Ausstellung der Apostillen eingetragen wird; dabei sind zu vermerken:

- a) die Ordnungsnummer und das Ausstellungsdatum der Apostille;
- b) der Name des Unterzeichners der öffentlichen Urkunde und die Eigenschaft, in der er gehandelt hat, oder bei Urkunden ohne Unterschrift die Behörde, die das Siegel oder den Stempel beigefügt hat.

2) Auf Antrag eines Beteiligten hat die Behörde, welche die Apostille ausgestellt hat, festzustellen, ob die Angaben, die in der Apostille enthalten sind, mit denen des Registers oder der Kartei übereinstimmen.

Art. 8

Besteht zwischen zwei oder mehreren Vertragsstaaten ein Vertrag, ein Übereinkommen oder eine Vereinbarung des Inhalts, dass die Bestätigung der Unterschrift, des Siegels oder des Stempels gewissen Formalitäten unterworfen ist, so greift dieses Übereinkommen nur ändernd ein, wenn jene Formalitäten strenger sind als die in den Art. 3 und 4 vorgesehene.

Art. 9

Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Massnahmen, um zu vermeiden, dass seine diplomatischen oder konsularischen Vertreter Beglaubigungen in Fällen vornehmen, in denen dieses Übereinkommen von der Beglaubigung befreit.

Art. 10

1) Dieses Übereinkommen steht den Staaten, die auf der Neunten Tagung der Haager Konferenz für internationales Privatrecht vertreten waren, sowie Irland, Island, Liechtenstein und der Türkei zur Unterzeichnung offen.

2) Es bedarf der Ratifizierung, und die Ratifikationsurkunden sind beim Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Niederlande zu hinterlegen.

Art. 11

1) Dieses Übereinkommen tritt am sechzigsten Tage nach der in Art. 10 Abs. 2 vorgesehenen Hinterlegung der dritten Ratifikationsurkunde in Kraft.

2) Das Übereinkommen tritt für jeden Unterzeichnerstaat, der es später ratifiziert, am sechzigsten Tage nach Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde in Kraft.

Art. 12

1) Jeder in Art. 10 nicht genannte Staat kann diesem Übereinkommen beitreten, nachdem es gemäss Art. 11 Abs. 1 in Kraft getreten ist. Die Beitrittsurkunde ist beim Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Niederlande zu hinterlegen.

2) Der Beitritt wirkt nur im Verhältnis zwischen dem beitretenden Staat und den Vertragsstaaten, die innerhalb von sechs Monaten nach Empfang der Notifikation gemäss Art. 15 Bst. d keinen Einspruch dagegen erhoben haben. Ein solcher Einspruch ist dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Niederlande zu notifizieren.

3) Das Übereinkommen tritt zwischen dem beitretenden Staat und den Staaten, die gegen den Beitritt keinen Einspruch erhoben haben, am sechzigsten Tage nach Ablauf der im vorstehenden Absatz vorgesehenen Frist von sechs Monaten in Kraft.

Art. 13

1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung, bei der Ratifizierung oder beim Beitritt erklären, dass dieses Übereinkommen auf alle oder auf eines oder mehrere der Gebiete ausgedehnt wird, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt. Eine solche Erklärung wird wirksam, sobald das Übereinkommen für den Staat, der sie abgegeben hat, in Kraft tritt.

2) Später kann dieses Übereinkommen auf solche Gebiete durch eine an das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Niederlande gerichtete Notifikation ausgedehnt werden.

3) Wird die Erklärung über die Ausdehnung durch einen Staat abgegeben, der das Übereinkommen unterzeichnet und ratifiziert hat, so tritt das Übereinkommen für die in Betracht kommenden Gebiete gemäss Art. 11 in Kraft. Wird die Erklärung über die Ausdehnung durch einen Staat abgegeben, der dem Übereinkommen beigetreten ist, so tritt das Übereinkommen für die in Betracht kommenden Gebiete gemäss Art. 12 in Kraft.

Art. 14

1) Dieses Übereinkommen gilt für die Dauer von fünf Jahren, gerechnet von seinem Inkrafttreten gemäss Art. 11 Abs. 1, und zwar auch für Staaten, die es später ratifizieren oder ihm später beitreten.

2) Ausser im Falle einer Kündigung gilt das Übereinkommen als stillschweigend um jeweils fünf Jahre erneuert.

3) Die Kündigung ist spätestens sechs Monate vor Ablauf der Frist von fünf Jahren dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Niederlande zu notifizieren.

4) Sie kann sich auf einzelne der Gebiete, auf die das Übereinkommen anzuwenden ist, beschränken.

5) Die Kündigung ist nur für den Staat wirksam, der sie notifiziert hat. Für die anderen Vertragsstaaten bleibt das Übereinkommen in Kraft.

Art. 15

Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Niederlande notifiziert den in Art. 10 bezeichneten Staaten sowie den Staaten, die gemäss Art. 12 beigetreten sind :

- a) die Notifikationen gemäss Art. 6 Abs. 2;
- b) die Unterzeichnungen und Ratifikationen gemäss Art. 10;
- c) den Tag, an dem dieses Übereinkommen gemäss Art. 11 Abs. 1 in Kraft tritt;
- d) die Beitrittserklärungen und Einsprüche gemäss Art. 12 sowie den Tag, an dem die Beitrittserklärungen wirksam werden;
- e) die Erklärungen über die Ausdehnung gemäss Art. 13 sowie den Tag, an dem sie wirksam werden;
- f) die Kündigungen gemäss Art. 14 Abs. 3.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig ermächtigten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterzeichnet.

Geschehen in Den Haag am 5. Oktober 1961 in französischer und englischer Sprache, wobei im Falle von Abweichungen der französische Wortlaut massgebend ist, in einer einzigen Ausfertigung, die im Archiv der Regierung der Niederlande hinterlegt wird und wovon jedem der Staaten, welche auf der Neunten Tagung der Haager Konferenz für internationales Privatrecht vertreten waren, sowie Irland, Island, Liechtenstein und der Türkei auf diplomatischem Wege eine beglaubigte Abschrift übergeben wird.

(Es folgen die Unterschriften)

Anlage

Muster der Apostille

Die Apostille soll die Form eines Quadrats mit Seiten von mindestens neun Zentimetern haben

APOSTILLE (Convention de La Haye du 5 octobre 1961)	
1. Land:	
Diese öffentliche Urkunde	
2. ist unterschrieben von.....	
3. in seiner Eigenschaft als	
4. sie ist versehen mit dem Siegel/Stempel des (der).	
.....	
Bestätigt	
5. in.....	6. am.....
7. durch	
.....	
8. unter Nr	
9. Siegel/Stempel:	10. Unterschrift:
.....	

Verzeichnis der nach dem Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung für die Ausstellung der Apostille zuständigen ausländischen Behörden

Antigua und Barbuda

- a) The Governor-General, Antigua und Barbuda
- b) The Registrar-Eastern Caribbean Supreme Court.

Bahamas

- a) Permanent Secretary
Attorney General's Office
- b) Permanent Secretary
Ministry of Foreign Affairs
- c) Under Secretary
Ministry of Foreign Affairs
- d) Deputy Permanent Secretary
Ministry of Foreign Affairs

Belgien

Ministère des Affaires étrangères, du Commerce extérieur et de la Coopération au Développement.

Botswana

- a) The persons for the time being exercising the functions of
 - i) Permanent Secretary,
 - ii) Registrar of High Court;
 - iii) District Commissioner;

- b) Any person appointed or empowered to hold a subordinate court of the first class;
and
- c) Such other persons as the President may appoint by notice in the Gazette.

Bundesrepublik Deutschland

1. Bund

- | | |
|---|---------------------------------------|
| a) Urkunden aller Bundesbehörden und -gerichte (ausser den unter Bst. b erwähnten Urkunden) | - Bundesverwaltungsamt in Köln |
| b) Urkunden des Bundespatentgerichts und des deutschen Patentamtes | - Präsident des deutschen Patentamtes |

2. Länder

- | | |
|--|--|
| a) Urkunden der Justizverwaltungsbehörden, der ordentlichen Gerichte (Zivil- und Strafgerichte) und der Notare | - Ministerium (Senator) für Justiz
- Land-, (Amts-)gerichtspräsident |
| b) Urkunden aller Verwaltungsbehörden (ausser Justizverwaltungsbehörden) | - Ministerium (Senator) für Inneres
- Regierungspräsident (Präsident des Verwaltungsbezirks) |
| c) Urkunden der anderen als der ordentlichen Gerichte (vgl. Bst. a) | - Ministerium (Senator) für Inneres
- Regierungspräsident (Präsident des Verwaltungsbezirks)
- Ministerium (Senator) für Justiz
- Land-, (Amts-)gerichtspräsident |

Fidschi

The Chief Registrar of the Supreme Court of Fiji.

Finnland

Der Notary Public folgender Städte: Helsinki, Tampere, Turku, Lahti, Kuopio, Pori, Vaasa und Oulu.

Frankreich

Europäische und überseeische Departemente (Guadeloupe, Guyana, Martinique, Reunion):

Les Procureurs generaux pres les cours d'appel

Überseeische Gebiete:

- | | |
|---|--|
| - Komoren: | le Procureur de la Republique près le Tribunal supérieur d'appel de Moroni |
| - Gebiete der Afar und Issa: | le Procureur de la République près le Tribunal supérieur d'appel de Djibouti |
| - Neu-Kaledonien: | le Procureur général près la Cour d'appel de Nouméa |
| - Wallis und Futuna-Inseln: | le Juge de la section du Tribunal de première instance de Nouméa, siégeant à Mata Utu, |
| - Franz. Polynesien: | le Procureur de la République près le Tribunal supérieur d'appel de Papeete; |
| - St. Pierre und Miquelon: | le Président du Tribunal supérieur d'appel de Saint-Pierre; |
| - Neue Hebriden (franz.-brit. Kondominium): | |
| 1. Urkunden, die von den nationalen französischen Behörden ausgehen | Le Président du Tribunal national français de Première Instance de Port-Vila; |
| 2. Urkunden, die von den gemeinsamen französisch-britischen Behörden ausgehen | |
| A. Gerichtsurkunden | Le Greffier du Tribunal mixte; |
| B. Andere Urkunden | Le Commissaire-Résident de la République Française et le Commissaire-Résident de Sa Majesté britannique, agissant conjointement. |

Für Grossbritannien vgl. unten.

Griechenland

1. Das Amt, wo sich die Behörde befindet, welche in Fällen von Verwaltungsurkunden die Urkunde ausstellt.
2. Das erstinstanzliche Gericht des Bezirks, wo sich die Behörde befindet, welche in Fällen von gerichtlichen Urkunden die Urkunde ausstellt.

Grossbritannien

Grossbritannien, Jersey, Guernesey:

Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs, Foreign and Commonwealth Office, London S. W. 1.;

Anguilla:	The Governor of Anguilla;
Antigua:	The Administrator of the Colony of Antigua;
Bahamas:	The permanent Secretary or Deputy Permanent Secretary, Ministry of External Affairs, Nassau;
Bermudas:	The Governor and Commander-in-Chief of the Bermudas or Somers Islands or any member of his staff, signing on his behalf and using his official seal;
Brit. Antarktis:	The High Commissioner of the British Antarctic Territory;
Brit. Guyana:	The Governor and Commander-in-Chief of British Guyana;
Brit. Salomon-Inseln:	The High Commissioner for the Western Pacific;
Brunei:	The High Commissioner for Brunei;
Caiman-Inseln:	The Administrator of the Cayman Islands;
Dominica:	The Administrator of the Colony of Dominica,

Falkland-Inseln:	The Governor and Commander-in-Chief of the Colony of the Falkland Islands;
Gibraltar:	The Governor and Commander-in-Chief of the City and Garrison of Gibraltar;
Gilbert- und Ellice-Inseln:	The Minister responsible for External Affairs;
Grenada:	The Secretary to the Cabinet;
Hongkong:	The Deputy Chief Secretary, Supreme Court The Deputy Registrar, Supreme Court The Registrar, Supreme Court The Assistant Registrar, Supreme Court
Insel Man:	His Excellency the Lieutenant Governor of the Isle of Man;
Montserrat:	The Administrator of the Colony of Montserrat,
Neue Hebriden:	s. oben Frankreich
- Urkunden, die von den nationalen britischen Behörden ausgehen	Her Britannic Majesty's Resident missionar;
St. Helena:	The Governor and Commander-in-Chief of the Island of St. Helena and its Dependencies;
St. Christopher, Nevis und Anguilla:	The Administrator of the Colony of Saint Christopher, Nevis and Anguilla;
St. Lucia:	The Administrator of the Colony of Saint Lucia;
St-Vincent:	
- Gerichtlicher Urkunden	The Registrar of the High Court;
- Andere Urkunden	The Permanent Secretary of the Premier's Office;
Süd-Rhodesien:	The Secretary for Justice;

Swasiland:	Her Majesty's Commissioner for Swaziland;
Turks- und Caicos-Inseln:	The Administrator of the Turks and Caicos Islands;
Brit. Jungfern-Inseln:	The Administrator of the Colony of the Virgin Islands.

Israel

Le Ministère des Affaires Etrangères d'Israël.

Italien

1) für gerichtliche Urkunden, Zivilstandsurkunden und notarielle Urkunden: Le Procureur de la Republique aupres des Tribunaux dans la juridiction desquels les actes sont issus;

2) für alle andern im Übereinkommen vorgesehenen Urkunden von Verwaltungsbehörden: Les Préfets territorialement compétents, pour la Vallée d'Aoste le Président de la Région, et pour les provinces de Trento et Bolzano le Commissaire du Gouvernement.

Japan

The Ministry of Foreign Affairs in Tokio.

Jugoslawien

Les tribunaux communaux, qui sont d'après la législation yougoslave, les tribunaux de première instance et les organes administratifs des républiques, compétents dans le domaine de la justice.

Lesotho

- a) The Attorney-General;
- b) The Permanent Secretary of a Ministry or Departement;
- c) The Registrar of the High Court;
- d) A Resident Magistrate;
- e) A Magistrate of the First Class;
- f) Such other person as the Minister may appoint and whose appointment notice has been published in the Gazette.

Liechtenstein

Regierungskanzlei der Fürstlichen Regierung in Vaduz.

Luxemburg

Le Ministère des Affaires Etrangères du Luxembourg.

Malawi

- a) The Attorney General or the Solicitor General;
- b) The Permanent Secretary of a Government Ministry;
- c) The Registrar of the High Court;
- d) The Registrar General;
- e) A Government Agent;
- f) A notary public;
- g) A Resident Magistrate.

Malta

The Ministry of Commonwealth and Foreign Affairs.

Mauritius

The Permanent Secretary of the Prime Ministers Office.

Niederlande

Das europäische Königreich:	Les greffiers des Tribunaux de premières instances;
Niederländische Antillen:	1. Der Chef des Zivilstandsamtes, des Einwohnerregisters und des Wahlregisters der Insel Curaçao. 2. Der Stellvertreter des Chefs des Zivilstandsamtes, des Einwohnerregisters und des Wahlregisters der Insel Curaçao.
Aruba:	Het Hoofd van de Burgerlijke Stand en het Bevolkingsregister (Der Vorsteher des Dienstes für den Zivilstand und die Einwohnerliste).
Surinam:	Le Greffier de la Cour de Justice de Surinam.

Norwegen

Königliches Norwegisches Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten.

Österreich

1. Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten für alle Urkunden, die
 - a) vom Bundespräsidenten oder von der Präsidentschaftskanzlei,
 - b) vom Präsidenten des Nationalrates, vom Vorsitzenden des Bundesrates oder von der Parlamentsdirektion,
 - c) von der Bundesregierung,
 - d) von einem Bundesministerium,

- e) vom Verfassungsgerichtshof oder vom Verwaltungsgerichtshof,
 - f) vom Obersten Gerichtshof, vom Kartellobergericht beim Obersten Gerichtshof, von der Obersten Rückstellungskommission beim Obersten Gerichtshof oder von der Obersten Rückgabekommission beim Obersten Gerichtshof oder
 - g) vom Rechnungshof ausgestellt worden sind.
2. Die Präsidenten der mit Zivilrechtssachen befassten Gerichtshöfe erster Instanz oder ihre zur Ausstellung der Unterzeichnungsbestätigung (Apostille) bestimmten Stellvertreter, mit Ausnahme des Handelsgerichtes Wien und des Jugendgerichtshofes Wien, für alle Urkunden, die von einem anderen Gericht als den in Ziff. 1 Bst. e und f genannten, von einer staatsanwaltschaftlichen Behörde, von einem Notar, von einer Notariatskammer oder von einer Rechtsanwaltskammer - insoweit diese Kammern dabei in Vollziehung behördlicher Aufgaben des Bundes tätig werden - im Sprengel des betreffenden Gerichtshofes ausgestellt sind;
3. für alle anderen Urkunden
- a) die Landeshauptmänner, soweit es sich um Urkunden handelt, die in ihrem Bundesland in Vollziehung behördlicher Aufgaben des Bundes und
 - b) die Landesregierungen, soweit es sich um Urkunden handelt, die in ihrem Bundesland in Vollziehung behördlicher Aufgaben des Landes ausgestellt worden sind.

Portugal

Portugal:	Le Procureur Général de la République et les Procureurs de la République auprès des Cours d'Appel;
Angola und Mosambik:	Les Gouverneurs généraux;
Übrige Überseeprovinzen:	Les Gouverneurs.

Schweiz

- Bundeskanzlei,
- kantonale Staatskanzleien

Seschellen

The Registrar, Supreme Court, Victoria, Mahe.

Spanien

1. Für Urkunden, die von den zuständigen Gerichtsbehörden oder Beamten errichtet worden sind: die Sekretäre der örtlich zuständigen Gerichte (Secretarios de Gobierno des las Audiencias) oder ihre Stellvertreter.
2. Für Urkunden, die von einem öffentlichen Notar oder private Urkunden, deren Unterschriften von einem öffentlichen Notar beglaubigt worden sind: der Präsident der betreffenden Vereinigung öffentlicher Notare oder die Person, die gesetzlich für dessen Angelegenheiten verantwortlich ist.
3. Für andere öffentliche Urkunden ausgenommen jener, die von zentralen Verwaltungsorganen errichtet worden sind: einer der unter den vorstehenden Abs. 1 oder 2 angeführten Beamten.
4. Für Urkunden, die von zentralen Verwaltungsbehörden errichtet worden sind: der Leiter der Zentralsektion ("Jefe de la Sección Central de la Subsecretaría") des Justizministeriums.

Surinam

Le Greffier de la Cour de Justice de Surinam.

Swasiland

- a) der Stellvertretende Premierminister ("Deputy Prime Minister");
- b) der Generalanwalt ("Attorney-General");
- c) der Urkundsbeamte des Obergerichtes ("Registrar of the High Court");
- d) der Leiter eines unter b) und c) nicht angeführten Ministeriums ("the Head of Department not speced in paragraphs b) and c)");
- e) ein Bezirkskommissär ("District Commissioner");
- f) ein Richter ("Magistrate"), und

- g) jeder andere Beamte, den der Stellvertretende Premierminister ernannt und dessen Ernennung im Gesetzblatt (Gazette) veröffentlicht worden ist.

Tonga

The Secretary to Government, Prime Minister's Office, Nuku'alofa.

Türkei

1. Verwaltungsurkunden;
 - a) In Provinzen: Gouverneur, stellvertretender Gouverneur, Leiter der juristischen Angelegenheiten.
 - b) In Städten: Vize-Gouverneur.
2. Gerichtsurkunden;

Wo Oberstrafergerichte bestehen: Präsidien der Gerichtskommissionen.

Ungarn

- Le Ministre de la Justice de la République Populaire Hongroise pour les documents publics et les légalisations faits par des autorités judiciaires;
- Le Ministre des Affaires Etrangères de la République Populaire Hongroise pour les documents publics et les légalisations faits par d'autres autorités.

Vereinigte Staaten von Amerika

- I. Der zur Beglaubigung ermächtigte Beamte des Departement of State der Vereinigten Staaten und sein Stellvertreter.
- II. Alle Urkundsbeamten und stellvertretenden Urkundsbeamten von:

Supreme Court of the United States
United States Court of Claims
United States Court of Customs and Patent Appeals

United States Court of International Trade

United States Courts of Appeals for the Following Circuits:

District of Columbia Circuit

First Circuit

Second Circuit

Third Circuit

Fourth Circuit

Fifth Circuit

Sixth Circuit

Seventh Circuit

Eighth Circuit

Ninth Circuit

Tenth Circuit

Eleventh Circuit

United States District Courts for the Following Districts:

Middle District of Alabama

Northern District of Alabama

Southern District of Alabama

District of Alaska

District of Arizona

Eastern District of Arkansas

Western District of Arkansas

Central District of California

Eastern District of California

Northern District of California

Southern District of California

District of Colorado

District of Connecticut

District of Delaware

District of Columbia

Middle District of Florida

Northern District of Florida

Southern District of Florida

Middle District of Georgia

Northern District of Georgia

Southern District of Georgia

District of Hawaii

District of Idaho

Central District of Illinois

Northern District of Illinois

Southern District of Illinois
Northern District of Indiana
Southern District of Indiana
Northern District of Iowa
Southern District of Iowa
District of Kansas
Eastern District of Kentucky
Western District of Kentucky
Eastern District of Louisiana
Middle District of Louisiana
Western District of Louisiana
District of Maine
District of Maryland
District of Massachusetts
Eastern District of Michigan
Western District of Michigan
District of Minnesota
Northern District of Mississippi
Southern District of Mississippi
Eastern District of Missouri
Western District of Missouri
District of Montana
District of Nebraska
District of Nevada
District of New Hampshire
District of New Jersey
District of New Mexico
Eastern District of New York
Northern District of New York
Southern District of New York
Western District of New York
Eastern District of North Carolina
Middle District of North Carolina
Western District of North Carolina
District of North Dakota
Northern District of Ohio
Southern District of Ohio
Eastern District of Oklahoma
Northern District of Oklahoma
Western District of Oklahoma
District of Oregon

Eastern District of Pennsylvania
 Middle District of Pennsylvania
 Western District of Pennsylvania
 District of Puerto Rico
 District of Rhode Island
 District of South Carolina
 District of South Dakota
 Eastern District of Tennessee
 Middle District of Tennessee
 Western District of Tennessee
 Eastern District of Texas
 Northern District of Texas
 Southern District of Texas
 Western District of Texas
 District of Utah
 District of Vermont
 Eastern District of Virginia (E)
 Western District of Virginia (W)
 Eastern District of Washington
 Western District of Washington
 Northern District of West Virginia
 Southern District of West Virginia
 Eastern District of Wisconsin
 Western District of Wisconsin
 District of Wyoming

District Courts for the Following Territories:

District Court for the District of the Canal Zone
 District Court of Guam
 District Court for the Northern Mariana Islands
 District Court for the Virgin Islands

III. Beamte von folgenden einzelnen Staaten und Distrikten:

Staaten

Alabama:	Secretary of State
Alaska:	Lieutenant Governor; Attorney General; Clerk of the Appellate Courts
Arizona:	Secretary of State; Assistant Secretary of State
Arkansas:	Secretary of State, Chief Deputy Secretary of State
California:	Secretary of State; any Assistant Secretary of State; any Deputy Secretary of State

Colorado:	Secretary of State; Deputy Secretary of State
Connecticut:	Secretary of the State; Deputy Secretary of the State
Delaware:	Secretary of State; Acting Secretary of State
Florida:	Secretary of State
Georgia:	Secretary of State; Notary Public Division Director
Hawaii:	The Lieutenant Governor of the State of Hawaii
Idaho:	Notary Public Clerk
Illinois:	Secretary of State; Assistant Secretary of State; Deputy Secretary of State
Indiana:	Secretary of State; Deputy Secretary of State
Iowa:	Secretary of State; Deputy Secretary of State
Kansas:	Secretary of State; Assistant Secretary of State; any Deputy Assistant Secretary of State
Kentucky:	Secretary of State; Assistant Secretary of State
Louisiana:	Secretary of State
Maine:	Secretary of State; Deputy Secretary of State
Maryland:	Secretary of State
Massachusetts:	Deputy Secretary of State for Public Records
Michigan:	Secretary of State; Deputy Secretary of State
Minnesota:	Secretary of State; Deputy Secretary of State
Mississippi:	Secretary of State; any Assistant Secretary of State
Missouri:	Secretary of State; Deputy Secretary of State
Montana:	Secretary of State; Chief Deputy Secretary of State; Gouvernment Affairs Bureau Chief
Nebraska:	Secretary of State; Deputy Secretary of State
Nevada:	Secretary of State; Chief Deputy Secretary of State; Deputy Secretary of State
New Hampshire:	Secretary of State; Deputy Secretary of State
New Jersey:	Secretary of State; Assistant Secretary of State
New Mexico:	Secretary of State
New York:	Secretary of State; Executive Deputy Secretary of State; any Deputy Secretary of State; any Special Deputy Secretary of State
North Carolina:	Secretary of State; Deputy Secretary of State
North Dakota:	Secretary of State; Deputy Secretary of State
Ohio:	Secretary of State; Assistant Secretary of State

Oklahoma:	Secretary of State; Assistant Secretary of State; Budget Officer of the Secretary of State
Oregon:	Secretary of State Acting Secretary of State Deputy Secretary of State Assistant to the Secretary of State
Pennsylvania:	Secretary of the Commonwealth; Executive Deputy Secretary of the Commonwealth
Rhode Island:	Secretary of State; First Deputy Secretary of State; Second Deputy Secretary of State
South Carolina:	Secretary of State
South Dakota:	Secretary of State; Deputy Secretary of State
Tennessee:	Secretary of State
Texas:	Secretary of State; Assistant Secretary of State
Utah:	Lieutenant Governor; Deputy Lieutenant Governor; Administrative Assistant
Vermont:	Secretary of State; Deputy Secretary of State
Virginia:	Secretary of the Commonwealth; Chief Clerk, Office of the Secretary of the Commonwealth
Washington (State):	Secretary of State; Assistant Secretary of State; Director; Department of Licensing
West Virginia:	Secretary of State; Under Secretary of State; any Deputy Secretary of State
Wisconsin:	Secretary of State; Assistant Secretary of State
Wyoming:	Secretary of State; Deputy Secretary of State
<i>Other Subdivisions:</i>	
American Samoa:	Secretary of American Samoa; Attorney General of American Samoa
District of Columbia (Washington, D. C.):	Secretary of the District of Columbia
Guam (Territory of):	Director, Department of Administration; Acting Director, Department of Administration; Deputy Director, Department of Administration; Acting Deputy Director, Department of Administration
Northern Mariana of Islands (Commonwealth of the):	Attorney General; Acting Attorney General; Clerk of the Court, Commonwealth Trial Court; Deputy Clerk, Commonwealth Trial Court

Puerto Rico (Commonwealth of):	Assistant Secretary of State for International Affairs
	Chief, Certification Office
Virgin Islands of the United States:	no authority designated

Zypern

Ministère de la Justice de la République de Chypre.

Erklärung

Vereinigte Staaten von Amerika

Anlässlich der Hinterlegung der Beitrittserklärung zum Haager Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung (Übereinkommen von 1961) durch die Vereinigten Staaten von Amerika gestattet sich das Department of State, die Vertragsstaaten, die diesem Übereinkommen bereits angehören oder ihm in Zukunft angehören werden, auf die Bestimmungen von Titel 18, Section 3190 des United State Code hinzuweisen. Section 3190 betrifft die Urkunden, die der Regierung der Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit Auslieferungsgesuchen zu unterbreiten sind. Das Department of State gestattet sich diesen Hinweis, um allfälligen Missverständnissen vorzubeugen, die daraus entstehen könnten, dass die Vereinigten Staaten anlässlich des Beitritts zum Übereinkommen von 1961 ausdrücklich erklären, das Übereinkommen gehe den Bestimmungen von Section 3190 weder vor noch trete es an deren Stelle.

Section 3190 lautet:

Section 3190 Beweisstücke in der (Auslieferungs-)Verhandlung

Schriftliche Eingaben, Haftbefehle oder andere Schriftstücke sowie deren Kopien, die in einer Auslieferungsverhandlung als Beweisstücke vorgelegt werden, sind für alle Zwecke dieser Verhandlung entgegenzunehmen und als Beweis zuzulassen, wenn sie gehörig beglaubigt sind und wenn sie vor den Gerichten des ausländischen Staates, aus dem der Angeklagte geflohen ist, zu ähnlichem Zweck als Beweis zugelassen sind; die Bescheinigung durch den höchsten diplomatischen oder konsularischen Beamten der Vereinigten Staaten in dem betreffenden ausländischen Staat genügt als Beweis dafür, dass die solchermaßen vorgelegten Urkunden gehörig beglaubigt sind.

Den Anforderungen von Section 3190 ist Genüge getan, wenn der höchste diplomatische oder konsularische Beamte der Vereinigten Staaten, der in dem die Auslieferung begehrenden Staat residiert, bescheinigt, dass die vorgelegten Urkunden so beschaffen sind, dass sie von den Gerichten des ersuchenden Staates als Beweisstücke entgegengenommen werden. Die im Übereinkommen von 1961 vorgesehene Apostille genügt diesen Anforderungen nicht. Sie bestätigt einzig die Echtheit der Unterschrift, die Eigenschaft, in welcher der Unterzeichner gehandelt hat, sowie die Echtheit des Stempels oder Siegels. Hingegen vermag sie nicht zu bestätigen, dass die Urkunden vor Gericht als Beweismittel zugelassen sind. Deshalb sind die Vereinigten Staaten der Meinung, die Anforderungen von Section 3190 seien durch Art. 8 des Übereinkommens von 1961 nicht berührt worden.

Andererseits ist darauf hinzuweisen, dass eine Bescheinigung, die im Sinne von Section 3190 durch den höchsten diplomatischen oder konsularischen Beamten der Vereinigten Staaten vorgenommen wird, bisher auch der Beglaubigung solcher Urkunden gedient hat und dies weiterhin tun wird, ohne dass eine zusätzliche Beglaubigung durch einen Beamten der Vereinigten Staaten oder durch die Apostille im Sinne des Übereinkommens von 1961 erforderlich ist.

Mit Rücksicht auf die vorstehenden Hinweise wird den Vertragsstaaten des Übereinkommens von 1961 empfohlen, dass sie die Urkunden, die zur Unterstützung von an die Vereinigten Staaten gerichteten Auslieferungsbegehren eingereicht werden, weiterhin mit der besonderen Bescheinigung im Sinne von Section 3190 versehen lassen. Sind die Auslieferungsurkunden nicht mit jener Bescheinigung versehen, so ist nicht auszuschliessen, dass der Richter oder der Gerichtsbeamte, der über das Auslieferungsbegehren zu entscheiden hat, erklärt, die vorgelegten Urkunden würden den Anforderungen von Section 3190 nicht genügen und könnten deshalb nicht als Beweismittel entgegengenommen werden. Dies wiederum könnte die unwiderrufliche Abweisung des Auslieferungsgehalts zur Folge haben.